

: Die SEF 2011: Perspektiven auf Global Governance

Jahresbericht



Inhaltsverzeichnis

Impressum

Herausgeberin:
Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF)
Dechenstr. 2, 53115 Bonn
Tel. 0228/ 9 59 25-10
Fax: 0228/ 9 59 25-99
E-Mail: sef@sef-bonn.org
Website: www.sef-bonn.org

© Stiftung Entwicklung und Frieden 2012

Texte: Sabine Gerhardt, Dr. Michèle Roth, Bentje Woitschach
Redaktion: Dr. Michèle Roth
Design Basiskonzept: Pitch Black Graphic Design, Berlin/Rotterdam
Gestaltung: Gerhard Süß-Jung

SEF 2011

Editorial	5
25 Jahre Stiftung Entwicklung und Frieden	6
„Organisiert die Welt!“ Rede von Dieter Senghaas	7

Themen 2011

Neue Formen des Weltregierens auf dem Prüfstand	11
Ernährungssicherheit: Zugang zu Land entscheidend	13
Herausforderung Klimawandel: Anpassung und neue Energiepolitik	15
Nachhaltige Mobilität: Illusion oder Zukunftsvision?	17
Urbanisierung, Migration und Entwicklung	19

SEF intern

Neue SEF-Programmbereiche und künftige Außendarstellung	21
Veränderungen in Kuratorium und Vorstand	22
Finanzbericht	23

Anhang

Übersicht über die Veranstaltungen und Publikationen 2011	27
Übersicht über die Gremien 2011	29
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2011	31
Kooperationspartner und Förderer 2011.....	31

SEF 2011

Editorial

Im Jahr 2011 nahmen die politischen Umbrüche in der arabischen Welt ihren Anfang und schafften neuen Raum für Demokratisierung und Entwicklung in der Region. Auch wenn der Wandel unzweifelhaft noch viel Zeit und erhebliche Anstrengungen in Anspruch nehmen wird, ließen die Ereignisse doch Brandts Vision einer friedlicheren und gerechteren Welt erneut aufleben. Die Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF) nahm dies zum Anlass, um im Rahmen ihrer 25-Jahr-Feier im November 2011 unter dem Titel „Visionär denken – Zukunft heute gestalten“ zu fragen, wie es um die Vision einer Welt ohne Grenzen und Vorurteile, ohne Hunger und Angst vor Zerstörung derzeit bestellt ist.

Das Motto der Veranstaltung ist auch Leitgedanke für die Arbeit der SEF insgesamt. Wir haben das Jubiläumsjahr deshalb nicht nur für eine Rückschau genutzt, sondern den Blick verstärkt nach vorne gerichtet, um auch in den nächsten 25 Jahren einen aktiven Beitrag zur friedlichen und gerechten Gestaltung unseres Planeten leisten zu können. Im Sinne einer Fokussierung konzentrieren wir unsere Arbeit daher ab Ende 2011 auf drei Programmberiche, die überschrieben sind mit: „Neue Formen des Weltregierens auf dem Prüfstand“, „Welt im Wandel – Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik“ sowie „Menschliche Sicherheit und internationale Verantwortung im Zeichen des Klimawandels“. Afrika bleibt weiterhin regionaler Schwerpunkt der SEF, da es sich gerade für Europa um eine besonders bedeutsame Entwicklungsregion mit zunehmender wirtschaftlicher wie sicherheitspolitischer Bedeutung handelt.

Die Reaktorkatastrophe von Fukushima sorgte im Jahr 2011 für eine weitere politische Zäsur. Die schrecklichen Ereignisse führten der Welt deutlich sichtbar vor Augen, dass die Nutzung der Atomkraft für Mensch und Umwelt höchst riskant ist. Zugleich gilt es, den Klimawandel auf ein handhabbares Maß zu begrenzen. Mit einem Policy Paper und einem Policy Briefing in Berlin leistete die SEF einen Beitrag zur Debatte um ein globales Energieregime, das allen Ländern Zugang zu nachhaltigen Energieformen ermöglicht.

Einer der Hauptverursacher des Klimawandels ist der Verkehr, der zugleich essenziell für wirtschaftliche und soziale Entwicklung ist. Die Herausforderung, ökologische mit wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Faktoren in einem Konzept nachhaltiger Mobilität in Einklang zu bringen, ist äußerst komplex, wie die SEF im Rahmen des Bonn Symposiums 2011 und in der Jahrespartenrschaft mit der Stadt Bonn anlässlich des 25-jährigen Stiftungs-Jubiläums verdeutlichte.

Die internationalen Verhandlungen zur Begrenzung des Klimawandels durch weniger Emissionen sind

seit einigen Jahren ins Stocken geraten. Fortschritte kündigten sich hingegen in der Frage der Anpassung an. Für die SEF Anlass genug, um beim Berliner Sommerdialog 2011 über Strategien zur regionalen und lokalen Anpassung an den Klimawandel und die Frage nach der notwendigen internationalen Unterstützung zu diskutieren.

Über das ganze Jahr 2011 begleitete das Thema Ernährungssicherheit in seinen unterschiedlichen Facetten die Arbeit der SEF. Die Potsdamer Frühjahrsgespräche setzten dabei ihren Schwerpunkt auf die Frage nach der Bedeutung von Landpolitik für Ernährungssicherheit und auf die Rolle, die afrikanische Regionalorganisationen dabei spielen können. Über die Ergebnisse dieser und aller weiteren Veranstaltungen und Publikationen informiert Sie dieser Jahresbericht anhand thematischer Schwerpunkte. Dazu zählt auch die inhaltliche Auseinandersetzung mit neuen Formen – oder auch „Grauzonen“ – des Weltregierens. Im Jahr 2011 konzentrierte sich die SEF dabei vor allem auf den Versuch einer Systematisierung dieser Formen sowie ihrer Wirkungen. Auch die Ursachen für die beschriebenen Entwicklungen und ihre Konsequenzen für eine künftige Global Governance standen im Mittelpunkt des Interesses. Ein Thema, das in den kommenden Jahren weiter an Gewicht gewinnen wird.

Das Jahr 2011 stellte für die Stiftung aber nicht nur inhaltliche Weichen, sondern sorgte auch bei den Gremien für Veränderungen. Zunächst konnte sich die SEF im Mai 2011 über die Übernahme des Vorsitzes des Kuratoriums durch Ministerpräsidentin Hannelore Kraft freuen. Als Nachfolgerin von Staatsministerin Prof. Dr. Dr. Sabine von Schorlemer beriefen die Stifterländer zum 1. September 2011 einvernehmlich Frau Staatssekretärin a.D. Karin Kortmann als neue Vorsitzende des Vorstandes. Neu in den Vorstand wählte das Kuratorium zudem Prof. Dr. Robert Kappel, bis 2011 Präsident des GIGA German Institute of Global and Area Studies in Hamburg.

Der Vorstand bereitete im Berichtsjahr auch eine neue Publikationsstrategie sowie eine Neuauflage der SEF-Öffentlichkeitsarbeit vor. Dieser Jahresbericht bietet mit dem neuen Logo und Design schon einen ersten Vorgeschnack. Wir hoffen, Sie mit den Ergebnissen im kommenden Jahr weiter zu überzeugen und wünschen Ihnen eine anregende Lektüre des Jahresberichts 2011.



Karin Kortmann
Vorsitzende des Vorstandes



Dr. Michèle Roth
Geschäftsführerin

25 Jahre Stiftung Entwicklung und Frieden

Es war im Internationalen Jahr des Friedens – 1986 – als Friedensnobelpreisträger Willy Brandt gemeinsam mit dem damaligen NRW-Ministerpräsidenten Johannes Rau und Kurt Biedenkopf sowie weiteren anerkannten Persönlichkeiten aus Politik, Gesellschaft und Wissenschaft die Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF) gründete. Ziel war es, ein unabdingiges und überparteiliches Forum aufzubauen, um globale Zusammenhänge zu ergründen und die Themenkreise Ost-West und Nord-Süd konstruktiv miteinander zu verbinden. Darauf aufbauend sollte die neue Stiftung dazu beitragen, ein wirksames wirtschaftliches und politisches Handeln zu organisieren, das den Tatsachen der Einen Welt Rechnung trägt. Den eigentlichen Kern des Auftrags der SEF fasste Johannes Rau dementsprechend kurz und knapp mit „Politische Gestaltung in globaler Verantwortung“ zusammen. Dieses Motto hat für die SEF bis heute seine Gültigkeit, ebenso wie die Vision des Gründungsvorstands:

„Uns eint die Vision einer Welt ohne Grenzen und Vorurteile, ohne Hunger und Angst vor Zerstörung. Wir sind uns bewusst, dass diese Vision weder heute noch morgen verwirklicht werden kann. Aber wir wollen uns dafür einzusetzen, schrittweise jenem Ziel näher zu kommen. Die Zukunft der Menschheit hängt davon ab, ob wir uns als Weltbürger begreifen und in globaler Verantwortung handeln.“

Die Stiftung Entwicklung und Frieden nutzte ihr 25-jähriges Jubiläum, um in einem Festakt am 24. November 2011 im Alten Stadthaus in Berlin Brandts



Rainer Burchardt, Anke Brunn, Gernot Erler und Franz Nuscheler (v.l.n.r.)

Vision vor dem Hintergrund neuer Herausforderungen zu diskutieren. Zu den größten internationalen Herausforderungen zählt heute der Klimawandel,

das Leitmotiv der Festrede von Professor Felix Ekkart. Klimawandel sowie die Energie- und Resourcenknappheit seien zentrale Faktoren für den Weltfrieden und soziale Fragen. Die Bekämpfung des Klimawandels stelle die Welt zwar vor eine große Herausforderung, mache es aber unter Umständen auch möglich, Armut, Weltfrieden und Klimawandel gemeinsam zu lösen.

Von der Leitperspektive zu politischen Handlungsanleitungen

Die Vorsitzende des Vorstandes, Karin Kortmann, erinnerte an den Kooperationsvertrag, den Willy Brandt 1991 mit dem damaligen Rektor der Duisburger Gerhard-Mercator Universität unterzeichnete – der Grundstein für eine bis heute bestehende starke Partnerschaft mit dem Institut für Entwicklung und Frieden (INEF). Es sei ein wesentliches gemeinsames Verdienst von SEF und INEF, so der langjährige INEF-Direktor Professor Franz Nuscheler, das Konzept der Global Governance in die politische und politikwissenschaftliche Debatte in Deutschland eingeführt und laufend weiter entwickelt zu haben.

Höhepunkt des Abends war die Rede von Professor Dieter Senghaas, seit Gründung Vorsitzender des SEF-Beirats. Die SEF habe die friedenspolitische Leitperspektive in politisch-strategische, also operativ-relevante Handlungsanleitungen für die politische Praxis übersetzt. Er erinnerte an den heute weitestgehend vergessenen Nobelpreisträger Alfred Hermann Fried, der unermüdlich für eine „neue Weltordnung“ plädiert habe, um Frieden dauerhaft und nachhaltig, d.h. strukturell zu begründen. Seinem Aufruf „Organisiert die Welt!“ folgend sollte am Ende eine zwischenstaatliche Organisation entstehen, die in verschiedenen Politikfeldern die Einzelstaaten überwölben, aber auch gleichzeitig durchdringen würde. Fried ging es dabei um Konflikttransformation, d.h. um „die Veränderung des Charakters von Konflikten“ mit dem Ziel einer verlässlich gewaltfreien Bearbeitung von Konflikten, die es natürlich auch unter den Bedingungen einer neuen Weltordnung geben würde. „Will man also“, so schrieb Fried, „anstelle des Völkerkrieges die gewaltlose Streitschlichtung (Schiedsgericht, Ausgleich, Staatengerichtsbarkeit, Vermittlung, Untersuchung) setzen, so muss man die vorherrschende zwischenstaatliche Anarchie durch die schon aufkeimende zwischenstaatliche Ordnung verdrängen.“

Das gute Verhältnis der SEF zu ihren Stifterländern Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Sachsen unterstrich Dr. Angelica Schwall-Düren, die der Stiftung als Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien auf der Festveranstaltung auch für die Zukunft die Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen zusicherte. Auch Professor Bernhard Vogel erklärte als Ehrenvorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, gerne mit der SEF zusammenzuwirken. Als Kanzler habe er Willy Brandt zwar nicht gewählt, vor seinem Wirken für die Eine Welt „ziehe er aber seinen Hut“. Festlich begleitet wurde die Jubiläumsveranstaltung durch das Eisler-Quartett.

„Organisiert die Welt!“

Rede von Dieter Senghaas aus Anlass der Festveranstaltung zu 25 Jahren Stiftung Entwicklung und Frieden, Berlin, 24. November 2011

Vor 25 Jahren wurde die Stiftung Entwicklung und Frieden gegründet – angesichts der erfolgreichen Geschichte dieser kleinen, aber ausstrahlungsmächtigen Stiftung ein Grund zu feiern. In diesen Tagen soll jedoch auch an zwei weitere Daten erinnert werden: Am 11. Dezember 1971, also vor nunmehr 40 Jahren, hielt Willy Brandt aus Anlass der Verleihung des Friedensnobelpreises in der Universität Oslo



Dieter Senghaas

eine wegweisende Rede zum Thema „Friedenspolitik in unserer Zeit“. In ihr wurden vom damaligen deutschen Bundeskanzler 15 Jahre vor Gründung unserer Stiftung friedenspolitische Leitperspektiven entwickelt. Daran zu erinnern – ich werde darauf zurückkommen –, hat einen unmittelbaren Bezug zu der Arbeit unserer Stiftung seit 1986.

Aber es gibt noch einen weiteren Nobelpreisträger, der in den ersten Dezembertagen 1911, also vor genau 100 Jahren, die Nachricht aus Oslo erhielt, ihm sei als 14. Preisträger der Nobelpreis verliehen worden. Es handelt sich um den in seinem Heimatland Österreich, aber auch hierzulande weithin vergessenen und nur noch in einem kleinen Kreis von Wissenschaftlern der historischen Friedensforschung gegenwärtigen Alfred Hermann Fried (1864-1921). Warum macht es Sinn, in unserer Festveranstaltung auch an ihn zu erinnern? Es ist nicht das runde Datum – 100 Jahre –, sondern ein inhaltlicher Grund, der mit der Friedenstheorie, wie sie Alfred Hermann Fried vertrat, zu tun hat.

Unsere Stiftung hat sich in den vergangenen 25 Jahren bemüht, Global Governance als friedenspolitische Leitperspektive konzeptuell zu entwickeln und,

wie immer schwierig, diese in politisch-strategische, also operativ-relevante Handlungsanleitungen für die politische Praxis zu übersetzen. Die Grundproblematik entsprach dabei genau derjenigen, mit der sich Alfred Hermann Fried am Ende des 19. Jahrhunderts und in den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts intensiv auseinandersetzte. Seine Kernfrage war: Wie entkommt man der Staatenanarchie, aus deren Struktur die Impulse für Rüstung und Gegenrüstung strukturbedingt erwachsen? Anders formuliert: Wie entkommt man dem Sicherheitsdilemma auf zwischenstaatlicher und internationaler Ebene? Rüstungskontrolle und Abrüstung, so Fried, sind wünschens- und erstrebenswert, aber friedenspolitisch nicht hinreichend. Denn durch sie bleibt die internationale Grundstruktur, also die Staatenanarchie und das daraus resultierende Sicherheitsdilemma, unberührt.

„Visionär denken – Zukunft heute gestalten“ lautet das Motto unserer Festveranstaltung. Und Alfred Hermann Fried dachte visionär: Um Frieden dauerhaft und nachhaltig, d.h. strukturell zu begründen, plädierte er unermüdlich für eine „neue Weltordnung“ (das war sein Begriff!) in der Folge einer „Staatenvergesellschaftung“, deren Ergebnis eine zwischenstaatliche Organisation sein sollte – eine Organisation, die in verschiedenen Politikfeldern die Einzelstaaten überwölben, aber auch gleichzeitig durchdringen würde. Fried ging es dabei um Konflikttransformation, d.h. um „die Veränderung des Charakters von Konflikten“ mit dem Ziel einer verlässlich gewaltfreien Bearbeitung von Konflikten, die es natürlich auch unter den Bedingungen einer neuen Weltordnung geben würde. „Will man also“, so schrieb Fried, „anstelle des Völkerkrieges die gewaltlose Streitschlichtung (Schiedsgericht, Ausgleich, Staatengerichtsbarkeit, Vermittlung, Untersuchung) setzen, so muss man die vorherrschende zwischenstaatliche Anarchie durch die schon aufkeimende zwischenstaatliche Ordnung verdrängen.“

Alfred Fried dachte visionär. Und seine Vision löste nicht nur innerhalb der damaligen Friedensbewegung, zu dessen markanten Repräsentanten er gehörte, viele auch emotional aufgeladene Kontroversen aus, einschließlich einer inhaltlich naheliegenden grundlegenden Kontroverse mit der mit ihm befreundeten Bertha von Suttner und mit den Thesen ihres Buches „Die Waffen nieder!“ (1889) – eines Buches, das auch nach 120 Jahren noch wahrgenommen wird. Einigermaßen repräsentativ für die damalige öffentliche Meinung dürfte die Reaktion von Kaiser Wilhelm II. auf die Verleihung des Friedensnobelpreises an Fried gewesen sein. Er schrieb an den Rand der ihm überbrachten Mitteilung: „So ein unerhörter Schluss! Ich habe von dem Esel noch nie etwas gehört!“

Wahrscheinlich hätte Kaiser Wilhelm II. auch Willy Brandt einen Esel genannt, so sehr seinerseits Alfred Fried über die Tatsache hätte erstaunt sein müssen, dass schon nach wenigen Jahrzehnten in der Person

von Willy Brandt ein praktizierender Spitzopolitiker in der Tendenz eine Politik konzeptuell zu formulieren und in der Praxis durchzusetzen versuchte, bei der es ganz im Sinne von Fried um die Veränderung des Charakters des Konfliktes, seinerzeit des Ost-West-Konfliktes und später der Nord-Süd-Bezie-



Eisler Quartett

hungen, ging: Veränderung des Status quo durch kleine Schritte, Wandel durch Annäherung, greifbare Verbesserungen in konfliktträchtigen zwischenstaatlichen Beziehungen erreichen, gemeinsame Interessen herausarbeiten; angesichts nicht lösbarer Konflikte kollektive Lernprozesse inszenieren, und dies gerade auch mittels politischer Kontroversen und einer beharrlichen politischen Praxis – das waren in einer weltpolitischen Konstellation der Hochrüstung und ideologischen Verfeindung Visionen, die in die tagespolitische Praxis zu übersetzen waren. Erst mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes, wozu diese Politik nicht beabsichtigt, doch erfreulicherweise beigetragen hat, ist der Friedsche Slogan „Organisiert die Welt!“ – wir sprechen von Global Governance – wieder unmittelbar relevant geworden. Vor allem bedeutete nun Welt in der Tat: die gesamte Welt samt den sie kennzeichnenden, aus Globalisierungsschüben und vielfältigen, auch problematischen Interdependenzen resultierenden Problemlagen.

Seit 1986 hat sich die Stiftung und das ihr kongenial zugeordnete, jedoch unabhängige Institut für Entwicklung und Frieden an der Universität Duisburg-Essen (INEF) in eigenen Forschungen bemüht, die sich durch die Globalisierung akzentuierenden internationalen Problematiken zu durchleuchten und Impulse für eine sachhafte Weltordnungspolitik zu erarbeiten. Dabei wurde in der Arbeit der Stiftung wie auch in ähnlichen Unternehmungen andernorts ein sich ausdifferenzierendes Friedenskonzept mit einer wenigstens vierfachen Ausrichtung unabsehbar: Demzufolge hat sich Friedenspolitik zu bemühen um den Schutz vor Gewalt, um den Schutz der Freiheit, um den Schutz vor Not und um den Schutz kultureller Vielfalt. Soll Friedenspolitik im Sinne dieses Kon-

zeptes erfolgreich sein, bedarf sie des Zusammenwirkens staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure innerhalb einzelner Staaten und Gesellschaften wie auch insbesondere auf regionaler, kontinentaler bzw. globaler Ebene. Dieses Zusammenwirken zu inszenieren war und ist eines der zentralen Anliegen dieser Stiftung, so wie es auch ihr Anliegen war und ist, Kenntnisse über die konfliktträchtigen Problemberiche der Welt in wissenschaftlichen, aber für eine breitere Öffentlichkeit aufbereiteten Publikationen zu vermitteln, so vor allem in der alle drei Jahre erscheinenden Publikation „Globale Trends“.

Im Jahre 2006 schrieben Franz Nuscheler und Dirk Messner in einem Beitrag über Stand und Perspektiven des Konzepts Global Governance (erschienen in einem Sonderband zum 20jährigen Bestehen der Stiftung): „Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist Global Governance in der Tat noch ein brüchiges Projekt.“ Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: gemeint war mit „brüchig“ die ganz unterschiedlich gelagerte Verwirklichung von globalen Verregelungsarrangements in einzelnen Politikfeldern; nicht gemeint war die konzeptuelle Entfaltung dieser Leitperspektive in den vergangenen Jahrzehnten, wozu beide Autoren in und im Umkreis der Stiftung wesentliche Beiträge unterbreitet hatten, insbesondere auch solche, die die Erfordernisse einer Gesamtarchitektur von Global Governance zu umreißen versuchten.

Auf Anregung des Beirats der Stiftung veröffentlichte die Stiftung 2009 eine Publikation mit den Ergebnissen einer detaillierten Evaluation einzelner Teildisziplinen in unterschiedlichen internationalen Politikfeldern wie Nonproliferation, Friedenskonsolidierung, Menschenrechtssystem, Welthandel, Finanzmärkte, Arbeits- und Sozialstandards auf internationaler Ebene, globale Umweltpolitik, globale Gesundheitspolitik, globale Kommunikation und Information, Entwicklungspolitik – alles Themenfelder, mit denen sich die Stiftung in den vergangenen 25 Jahren beschäftigt hat. Es gibt viele Gründe, warum es in einzelnen Politikfeldern noch einen weiten Weg zu angemessenen Ordnungsstrukturen gibt, wie im auswertenden Nachwort dieser Publikation schon in der Überschrift signalisiert wird. Einer der wesentlichen Gründe ist ohne Zweifel in der derzeitigen Struktur der Welt zu suchen: 16% der Weltbevölkerung leben in einigermaßen konsolidierten rechtsstaatlich und demokratisch organisierten Gesellschaften, während etwa 10% der Weltbevölkerung in zerbrochenen oder in Staaten leben, die Gefahr laufen zu zerbrechen (failing states); die verbleibenden 74% der Weltbevölkerung teilen sich etwa hälftig auf: 37% der Weltbevölkerung leben allein in den zwei größten Staaten der Welt, China und Indien, während die übrigen 37% in ca. 140 Staaten leben, von denen nicht sicher ist, ob sie sich auf der Grundlage einer breitenwirksamen Entwicklung konsolidieren oder ob sie in Richtung failing states abdriften werden. Auch ist unklar, welche Auswir-

kungen die asymmetrischen Machtlagen in der Welt, so wie sie schon heute existieren bzw. wie sie sich in der Folge von Machtverschiebungen herausbilden werden, in den kommenden Jahrzehnten auf die Verwirklichungschancen von Global Governance in einzelnen Teildisziplinen und ggf. hinsichtlich einer denkbaren Gesamtarchitektur haben werden: Wird es einen bipolaren Hegemonialkonflikt zwischen den USA und China geben? Werden sich diverse Clubformationen à la G-20 als politikbestimmend herausbilden? Oder wird vielmehr – positiv gewendet – Global Governance durch die Entwicklung von Regional Governance auf diversen Kontinenten und Subkontinenten gewissermaßen einen soliden Unterbau erhalten? Und welche Rolle wird im Übrigen das System der Vereinten Nationen einnehmen, ist dieses doch eigentlich völkerrechtlich und auch im Bewusstsein vieler Menschen prädestiniert, Global Governance institutionell zu verkörpern? Fragen über Fragen angesichts sich akzentuierender globaler Problemlagen, denen trotz der Zerklüftungen in der Welt durch problemadäquate Verregelungen entgegengewirkt werden muss. Wozu Nichtregulierung, der Abbau von leidlich bestehender Regulierung bzw. eine bewusst politisch angestrebte Deregulierung führt, wird durch die Weltfinanzmarktkrise in allen Teilen der Welt



Bärensaal im Alten Stadthaus, Berlin

deutlich. Könnte diese Erfahrung nicht ein Ausgangspunkt sein für eine friedenspolitisch zielgerichtete präventive und proaktive Weltordnungspolitik, so insbesondere im Bereich einer überfälligen, national und international zu inszenierenden nachhaltigen Klimapolitik?

Was Alfred Hermann Fried schon vor 100 Jahren visionär erdachte („Organisiert die Welt!“), ohne auf große Resonanz, vielmehr auf Ablehnung zu stoßen, ist heute nicht anders als Willy Brandts Vision einer klugen Inszenierung überfälliger kollektiver Lernprozesse trotz bestehender Konfliktlagen zu einem Imperativ praktischer Politik geworden – einem Imperativ, der die Aktivitäten dieser Stiftung anhaltend inspiriert hat und weiterhin nachdrücklich inspirieren wird.

Dieter Senghaas

ist einer der Gründungsväter der Friedensforschung in Deutschland. Er war bis 2005 Professor für Internationale Politik und Internationale Gesellschaft, insbesondere Friedens-, Konflikt- und Entwicklungsforschung, an der Universität Bremen und ist seither Senior Fellow am Bremer Institut für Interkulturelle und Internationale Studien (InIIS). Den Beirat der Stiftung Entwicklung und Frieden leitet er seit dessen Gründung.

Themen 2011

Neue Formen des Weltregierens auf dem Prüfstand

Im September 2011 fanden sich im Rahmen eines von der Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF) organisierten Expertenworkshops rund 25 Fachleute aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik zusammen, um gemeinsam über neuartige Foren in der Weltpolitik nachzudenken. Diese sind gekennzeichnet durch einen begrenzten, aus sich selbst heraus ernannten Kreis an Mitwirkenden, zumeist gepaart mit Informalität, geringer Transparenz und einer engen thematischen Fokussierung.

Für die globale Politikgestaltung relevant werden diese „institutionellen Grauzonen“ dann, wenn die dort getroffenen Vereinbarungen eine Wirkung über den Kreis der direkt Beteiligten hinaus entfalten – gewollt oder ungewollt, insbesondere im Hinblick auf die Bereitstellung globaler öffentlicher Güter. Dabei



© UN Foto / Paulo Filgueiras

interessieren vor allem längerfristige Entwicklungen, die für das heutige und künftige globale Regieren prägend sein könnten. So haben ergänzend – und nicht zwangsläufig konträr – zum klassischen institutionalisierten und formalisierten Multilateralismus „neuere“ Formen globalen Regierens seit Beginn der 1990er Jahre zahlenmäßig stark zugenommen. Dabei kann unterschieden werden zwischen einer Zunahme an informellen Foren auf zwischenstaatlicher Ebene und einer wachsenden und inzwischen unüberschaubar gewordenen Vielfalt an unterschiedlichsten Multi-Stakeholder-Foren auf transnationaler Ebene.

Eine Ausdehnung des informellen Regierens auf zwischenstaatlicher Ebene im Sinne einer Zunahme schwach institutionalisierter Foren lässt sich vor allem seit der Jahrtausendwende beobachten; vorangegangen war ein beispielloser Institutionalisierungsschub seit den 1970er Jahren. Dabei können drei Typen zwischenstaatlicher Formalisierung

unterschieden werden: a) Allianzen/Lobbygruppen im Rahmen von internationalen Organisationen als funktionaler Aspekt des institutionellen Multilateralismus, b) Clubs der Willigen, in denen sich Gleichgesinnte mit einer beschränkten Agenda zusammenfinden sowie c) Clubs der Relevanten/Club Governance. In den Clubs der Relevanten schließen sich diejenigen Staaten zusammen, von denen ein wichtiger Beitrag zur Problemlösung erhofft wird.

Wachsender transnationaler Pluralismus

Auf der transnationalen Ebene lässt sich seit den 1990er Jahren eine starke Zunahme an Initiativen zur Bearbeitung begrenzter transnationaler/globaler Problemstellungen feststellen, ein Wachstum, das sich in den letzten Jahren etwas abgeschwächt hat, aber grundsätzlich fortsetzt. Diese Formen globalen

Ein europäischer Sitz im UN-Sicherheitsrat?

Wider den Reformstillstand

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UN) trägt nach der UN-Charta die Hauptverantwortung für die Wahrung des internationalen Friedens. Seine Zusammensetzung und seine Arbeitsweise bieten jedoch seit Jahrzehnten Anlass zu Reformdebatten. Die fünf ständigen, mit einem Vetorecht ausgestatteten Mitglieder des Sicherheitsrats bilden die globalen Machtverhältnisse zum Ende des Zweiten Weltkrieges ab; einzelne Weltregionen, insbesondere Afrika, sind in dem Rat deutlich unterrepräsentiert.

Ein aktueller Reformvorschlag zielt darauf ab, die nationalen Sitze durch regionale Sitze zu ersetzen – und so die Repräsentativität und Effektivität des Rates zu verbessern. Könnte die Europäische Union hier eine Vorreiterrolle übernehmen? Auf Einladung des New Yorker Global Policy Forum – in Kooperation mit der Stiftung Entwicklung und Frieden und weiteren europäischen Partnern – diskutierten rund 40 Experten aus Wissenschaft und Politik aus ganz Europa im Mai 2011 in Brüssel über diese Frage.

Einigkeit herrschte darüber, dass es sich bei einem Sitz der Europäischen Union nicht um einen zusätzlichen europäischen Sitz handeln sollte und dass die Option auch anderen Weltregionen offenstehen müsste. Die Idee eines EU-Sitzes sei eine „Totgeburt“, so es sich nicht um eine gemeinsame Initiative mit anderen Regionalorganisationen für eine regionale Vertretung im Sicherheitsrat handele, machte ein Experte deutlich. Die EU sollte in einem kooperativeren Ansatz als bisher mit anderen regionalen Institutionen darüber in einen verstärkten Dialog treten. Die Ambitionen anderer Regionalorganisationen zeigen etwa die jährlichen Treffen des Friedens- und Sicherheitsrats der Afrikanischen Union (AU) mit dem UN-Sicherheitsrat.

Regierens reichen von Multi-Stakeholder-Initiativen über transnationale Entwicklungspartnerschaften bzw. öffentlich-private Partnerschaften (PPPs) bis hin zu privaten Standardsetzern. Sie alle sind gekennzeichnet durch die Mitwirkung privater Akteure mit unterschiedlich stark ausgeprägter Beteiligung durch staatliche Akteure. Eine klare Trennung zwischen Staat und privat ist dabei kaum noch möglich, auch aufgrund der Komplexität der Regelungszusammenhänge, die oftmals ein Zusammenspiel über mehrere Ebenen hinweg erforderlich machen. Das Ergebnis ist ein wachsender transnationaler Pluralismus.

Während sich auf internationaler Ebene ein Trend zur Informalisierung zeigt (parallel zum sich weiterhin fortentwickelnden institutionalisierten Multilateralismus), lässt sich auf transnationaler Ebene ein Trend zur stärkeren Institutionalisierung und Formalisierung beobachten. Darüber hinaus zeigt sich insbesondere auf dem Gebiet der globalen Umweltprobleme eine „Verwissenschaftlichung“ von Politik. Die technokratische Expertise und das Denken in Szenarien und Modellen haben enorm an Gewicht gewonnen.

Als wesentliche Ursache für die geschilderten Trends wird ein „permanenter Überdruck“ im System der Internationalen Beziehungen diagnostiziert. Ob dafür tatsächlich die oft beschriebene Krise des institutionellen Multilateralismus verantwortlich ist, bleibt jedoch umstritten. Denn die Zunahme internationaler Verrechtlichung und Verregelung bleibt beachtlich; trotzdem weist das System angesichts schnell wachsender Problemlagen erhebliche Defizite auf. Angesichts des enorm hohen Regelungsbedarfs in einer globalisierten Welt delegieren die Staaten in einer Art „Notwehr“-Reaktion zum einen formell oder informell Governance-Aufgaben an andere Akteure oder teilen sich diese zumindest mit ihnen. Dieser „Überdruck“ im System kann eine hohe Kreativität zur Verbesserung seiner Leistungsfähigkeit hervorbringen. So kann die starke Zunahme an Multi-Stakeholder-Initiativen auch als Suchmechanismus (trial and error) für die optimale Konstellation der Aufgabenteilung zwischen staatlichen und privaten Akteuren gesehen werden. Zum anderen verstärkt der „Überdruck“ im System den Trend zur exklusiven Club-Bildung, in der Hoffnung, mit einer kleinen Gruppe relevanter Akteure Probleme effizienter (oder überhaupt) lösen zu können.

Multipolarität als Gefahr für Multilateralismus?

Perspektivisch stellt sich die Frage, wohin die beschriebenen Entwicklungen führen. Möglich wäre, dass wir es mit einer Transformation globaler Ordnungspolitik in Richtung einer institutionellen Multipolarität zu tun haben, durch die der institutionalisierte Multilateralismus immer mehr ausgehölt wird (obwohl er weiterhin durchaus genutzt wird). Dies würde eine Problemlösung insgesamt erschwe-

ren und die bereits bestehenden Ungleichgewichte noch stärker zuungunsten der Ärmeren und Schwächeren verschieben, weil diese nicht in der Lage sind, die Klaviatur der vielfältigen Formate zu bedienen. Es scheint jedoch noch offen, ob wir uns in einem Übergangsstadium oder am Beginn eines permanenten trial and error-Prozesses – einer dauerhaften „Brückensituation“ – befinden.

Ernährungssicherheit: Zugang zu Land entscheidend

Im Jahr 2010 galt die Ernährungslage von über einer Milliarde Menschen als unsicher. Betroffen sind vor allem Menschen auf dem Land. Die Gründe für ihre unzureichende Ernährungssituation sind so zahlreich wie vielschichtig: Sie reichen von mangelndem Zugang zu Land, Bevölkerungswachstum und geringer landwirtschaftlicher Produktivität bis hin zu interna-



Potsdamer Frühjahrsgespräche 2011: Maren Kneller, Prosper Matondi, Uwe Hoering und Angeline Munzara (v.l.n.r)

tionalen Agrarspekulationen und Landverkäufen. Aus unterschiedlichen Perspektiven diskutierte die Stiftung Entwicklung und Frieden 2011 die vielfältigen Ursachen und möglichen Lösungsansätze für die weltweite Ernährungsunsicherheit. Als Mitorganisatorin des UNO-Gesprächs der Stadt Bonn rückte sie das Menschenrecht auf Nahrung in den Mittelpunkt und diskutierte insbesondere die Rolle der Freiwilligenarbeit. Im Rahmen des Global Media Forum veranstaltete die SEF gemeinsam mit Germanwatch im Mai 2011 einen Workshop über Risiken und Chancen von Bioenergie für ländliche Entwicklung. Auch die Potsdamer Frühjahrsgespräche 2011 nahmen sich der Ernährungssicherheit an. Expertinnen und Experten aus dem In- und Ausland gingen der Frage nach, wie die Ernährungssituation auf dem afrikanischen Kontinent durch eine verantwortungsvolle Landpolitik verbessert werden kann. Dabei standen besonders die landpolitischen Aktivitäten der afrikanischen Regionalorganisationen im Fokus.

In allen Diskussionsrunden wurde deutlich, dass der Zugang zu und die Nutzung von Land eine entscheidende Bedeutung für die Ernährungssicherung der betroffenen Bevölkerung einnehmen. Problematisch ist jedoch, dass in afrikanischen Staaten Land vielfach ungleich verteilt ist. Besonders Frauen sind meist gänzlich von Landbesitz ausgeschlossen. Land muss unterschiedliche Bedürfnisse erfüllen – Ackerbau,

Foreign Voices Nr. 1 (Oktober 2011)

Zambia's food security at risk

Ernährungssicherheit und Landpolitik stehen in enger Beziehung zueinander. Jesinta Kunda, Koordinatorin der Kitwe District Land Alliance (KDLA) von Zambia Land Alliance (ZLA) diskutiert Sambias Landgesetz von 1995 und übt starke Kritik an der sambischen Regierung, die die Zivilgesellschaft bei der Formulierung der Landgesetze nicht einzogen hat. Kunda zufolge verwehren die verabschiedeten Landgesetze der ärmeren Bevölkerung den Zugang zu Land und begünstigen im Gegenzug den Landkauf durch ausländische Investoren.



Viehzucht, Forstwirtschaft, Tourismus –, was zu großer Konkurrenz um die zur Verfügung stehenden Flächen führt. Diese hat sich in den letzten Jahren massiv verstärkt durch das so genannte *land grabbing*, das großflächige Leasing bzw. der Erwerb von Land durch nationale und internationale Regierungen und Investoren. Die Folge sind in vielen Fällen Enteignung und Vertreibung der lokalen Bevölkerung.

Sichere Eigentums- und Nutzungsrechte sind entscheidend, um die lokale Bevölkerung vor diesen negativen Auswirkungen zu schützen. Umstritten ist allerdings, ob der Schutz bestehender kommunaler Landrechte oder die Vergabe individueller Landtitel nach westlichem Vorbild sinnvoller ist. Unabhängig

Foreign Voices Nr. 2 (Oktober 2011)

Respect the role of communities! Recommendations for land policy and food security from a civil society perspective

Die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen und natürlichen Rohstoffen hat in den letzten Jahrzehnten dramatisch zugenommen. Gerade Kleinbauern, die häufig von Subsistenzwirtschaft leben, sind die Leidtragenden einer globalisierten Landwirtschaft und müssen vor Enteignung geschützt werden. Manyara Angeline Munzara, Food Campaign Coordinator der Ecumenical Advocacy Alliance, unterstreicht hierbei besonders die Rolle der Zivilgesellschaft.

Sie könnte die Regierung zu mehr Verantwortung drängen und entscheidend beim Ausbau von Kapazitäten mitwirken.



von der Rechtsform sind verantwortliche lokale und nationale Institutionen entscheidend, um Landbesitzer und Kleinbauern über ihre Rechte aufzuklären und ihre Verhandlungsposition gegenüber ausländischen Investoren zu stärken.

Der Mythos vom ‚leeren Land‘

Auszug aus einem Interview mit Dr. Rogier van den Brink, Lead Economist bei der Weltbank, Washington D.C.

„Aber als wir mit Systemen der Landregistrierung zu experimentieren und sie umzusetzen begannen, stellten wir erst einmal fest, dass es seine Reihe anderer, nicht-individueller Rechte gab, die zunächst abgesichert werden mussten. So müssen zunächst die Rechte eines Dorfes oder die Rechte einer Gruppe innerhalb eines Dorfes fixiert werden, bevor man überhaupt mit der Registrierung individueller Rechte beginnen kann. (...) Zweitens, wenn man die Registrierung von Grundeigentum ohne ‚gute Regierungsführung‘ beginnt, gibt es immer einige Leute mit Verbindungen zur Politik, die Möglichkeiten finden, das System zu missbrauchen. Plötzlich tauchen Papiere auf, mit denen sie irgendwelche Eigentumsrechte geltend machen. Und ziemlich häufig ohne Rücksicht auf das Dorf oder die Gemeinschaft. Das ist es, was im Moment bei einigen dieser Fälle von Landraub geschieht: Leute manipulieren das System und erzählen leichtgläubigen ausländischen Investoren, sie könnten tatsächlich 30.000 Hektar ‚freies Land‘ kaufen. (...) Die Behauptung, es werde nur ‚leeres Land‘ verkauft, ist ein Mythos. Aber diese Art land grabbing, diese Bodenspekulationen, können durch ein System der Registrierung von Grundeigentum begünstigt werden, das nicht so funktioniert, wie es funktionieren sollte: nämlich transparent für jedermann und verständlich für die Leute vor Ort.“



Rogier van den Brink

Bioenergieträger verschärfen die Konkurrenz um Land

Ein entscheidender Treiber des *land grabbing* in Afrika ist die erhöhte Nachfrage nach Bioenergieträgeren. Diese führt zu einer starken Konkurrenz zwischen dem Anbau von Pflanzen für Biosprit und Nahrungsmitteln. Eine mögliche Lösung liegt darin, Biomasse vor allem auf nicht genutztem oder degeneriertem Land anzubauen. Experten bezweifeln jedoch, dass sich internationale Investoren mit weniger fruchtbaren Böden zufrieden geben und nicht stattdessen ihre wirtschaftliche Macht und die unsicheren Landrechte nutzen, um auf den besten Böden anzubauen. Eine politische Steuerung des Biomasse-Anbaus und Handels ist in jedem Fall zwingend erforderlich, um negative Auswirkungen zu vermeiden. Eingebettet in eine verantwortungsvolle Agrarstrategie bieten Bioenergieträger aber durchaus die Chance zur Entwicklung ländlicher Gebiete durch höhere Einkommen und neue Märkte.

Zudem ist unbestritten, dass Investitionen in den afrikanischen Agrarsektor dringend nötig sind und

dies nicht nur von staatlicher Seite, sondern auch von privaten Akteuren aus dem In- und Ausland. Um zu vermeiden, dass die lokale Bevölkerung enteignet und Kleinbauern von ausländischen Unternehmen verdrängt werden, müssen ausländische Investitionen einer genauen Prüfung unterzogen werden. Das Menschenrecht auf Nahrung kann in diesem Zusammenhang als wichtiges Analyseinstrument fungieren.

Herausforderung Klimawandel: Anpassung und neue Energiepolitik

Der Klimawandel zählt zu den größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. In den besonders verwundbaren Regionen ist eine Anpassung an die bereits eingetretenen und zu erwartenden klimatischen Einschnitte bereits heute unabdingbar. Diese Entwicklung zeigt sich auch bei der jährlich stattfindenden Conference of the Parties (COP) der



Berliner Sommerdialog 2011: Dieter Ernst, Uwe Holtz, Hermann Fickinger und Joseph Yaro (v.l.n.r)

UN-Framework Convention on Climate Change (UNFCCC): Spielte in den ersten Jahren nach Verabschiedung der Konvention 1992 vor allem die Vermeidung von Emissionen eine vorherrschende Rolle, geht der Trend inzwischen immer mehr in Richtung Anpassung.

Anlass genug für die Stiftung Entwicklung und Frieden, das Thema während ihres Berliner Sommerdialogs 2011 zu diskutieren. Experten aus dem In- und Ausland gingen der zentralen Frage nach, wie künftig Menschen und Systeme weltweit in die Lage versetzt werden können, die negativen Auswirkungen der veränderten klimatischen Bedingungen zu begrenzen.



Policy Paper 35

zen und neue Chancen zu ergreifen. Dabei kristallisierte sich heraus, dass das Hauptanliegen von Anpassungsmaßnahmen die Verringerung lokaler Verwundbarkeit sein muss. Diese Dringlichkeit stützt auch der 2011 erschienene Bericht „Management des Risikos von Extremereignissen und Katastrophen zur Förderung der Anpassung an den Klimawandel“ des Weltklimarats IPCC. Ihm zufolge werden Extremereignisse wie lang andauernde Hitzeperioden oder Starkniederschläge in einigen Regionen der Welt wahrscheinlich noch zunehmen.

Industrieländer in der Pflicht

Wie Anpassung konkret ausgestaltet sein sollte, hängt dabei in erster Linie von den jeweiligen Bedürfnissen und lokalen Gegebenheiten ab. Denn nicht alle durch den Klimawandel besonders betroffenen Gebiete sind auch besonders verwundbar: Während Industrieländer dank ihrer finanziellen Stärke und des technologischen Know-hows den Auswirkungen des Klimawandels entschlossen entgegentreten können, fehlt es vielen Entwicklungsländern dafür an entsprechenden Institutionen, angemessener Infrastruktur, ausreichenden finanziellen Mitteln und Wissen. Die Industrieländer als wesentliche Verursacher des Klimawandels stehen daher in der Pflicht, Entwicklungsländer bei der Anpassung an die neuen Gegebenheiten zu unterstützen.

Zitate von Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmern

„Klimawandel ist in erster Linie ein lokales Phänomen.“

Dr. Keith Alverson, Koordinator der Climate Change Adaptation and Terrestrial Ecosystem Branch beim Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), Nairobi

„90 Prozent der Anpassungsarbeit sind Denkprozesse und Konzeption.“

Anne Hammill, Projektleiterin am International Institute for Sustainable Development, Chatelaine

„Die Anpassung an den Klimawandel wird das Verhältnis zwischen traditionellen Entwicklungsländern und Geberländern in Zukunft weiterentwickeln.“

Prof. Dr. Uwe Holtz, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

„Die Philosophie des niedrigsten Preises muss ein Ende haben.“

Dieter Ernst, Staatssekretär a.D. und Mitglied des Vorstands der RWL Water Group, Berlin

Dabei könnten eine Institutionalisierung von Anpassung, ein allgemeiner Strukturrahmen und Leitlinien helfen. Das anlässlich der COP 16 in Cancún beschlossene *Adaptation Framework* könnte solche Entwicklungen künftig begünstigen. Gemäß den Beschlüssen soll es dabei helfen, Anpassungsstra-

tegen zu erfassen und über die Ebenen hinweg zu koordinieren. Das ist auch dringend nötig: Im Laufe der Zeit haben die Vertragsstaatenkonferenzen der Klimarahmenkonvention verschiedene Entscheidungen zur Anpassung gefällt und eine Vielzahl von Arbeitsprogrammen, Expertengruppen und Fonds geschaffen. Das ist grundsätzlich positiv, doch sind durch den schrittweisen Prozess Risiken von Zersplitterung und Intransparenz entstanden, die es nun zu beseitigen gilt. Zu diesem Zwischenfazit kommt auch das Autorenteam des renommierten Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik des SEF-Policy Papers 35 mit dem Titel „Anpassung an den Klimawandel. Institutionelle und finanzielle Herausforderungen“.



In dem Papier wird auch gemahnt, dass trotz finanzieller Ressourcensteigerungen in den vergangenen Jahren die nationalen und lokalen Ebenen immer noch unzureichend ausgestattet sind, um sich den gewaltigen Herausforderungen anzunehmen. Ob der Green Climate Fund dies wird ändern können, ist noch ungewiss – bislang jedenfalls bleibt unklar, wie die 100 Mrd. US-\$ Klimafinanzierung ab 2020 mobilisiert werden soll.

Energiewende als globale Herausforderung

Trotz der verstärkten Debatte um Klimaanpassung bleiben wirkungsvolle Maßnahmen zur Vermeidung eines stärkeren Klimawandels essenziell. Insbesondere verlangt der Klimawandel eine Abkehr von fossilen Energieträgern und eine Trendwende hin zu erneuerbaren Energien. Die Anforderungen an eine Energieversorgung der Zukunft und den entsprechenden internationalen Gestaltungsrahmen sind aber national wie global höchst umstritten. Professor Manfred Fischedick, Vizepräsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie GmbH, hat dazu gemeinsam mit Sylvia Borbonus und Hanna Scheck das SEF-Policy Paper 34 unter dem Titel „Anforderungen an ein globales Energieregime. Strategien für einen fairen Zugang zu nachhaltiger Energie“ verfasst und die Empfehlungen bei einem SEF-Policy Briefing in Berlin präsentiert.

„Die globale Energiepolitik ist bisher nicht adäquat aufgestellt für die Problemvielfalt und den Handlungsdruck“, die Institutionenlandschaft stark fragmentiert, analysierte Professor Manfred Fischedick die derzeitige Situation. Es gibt keine globale intergouvernementale oder supranationale Entscheidungsgewalt, die sich mit allen Energieformen auseinandersetzt. Die Vielseitigkeit des heutigen Handlungsdrucks aber, bedingt etwa durch den wirtschaftlichen Aufschwung Asiens mit einer rasant steigenden Energienachfrage, eine Nutzungskonkurrenz zwischen Energie- und Nahrungsmittelversorgung wie eben auch die Geschwindigkeit des Klimawandels, bedürfen neuer Lösungen. Erforderlich sind etwa eine stärkere Vernetzung von sicherheits-, umwelt- und entwicklungspolitischen Aspekten sowie ein Perspektivwechsel von einer angebots- hin zu einer nachfrageorientierten Energiepolitik. Die Schaffung einer „Weltenergieorganisation“ könnte aber nicht die Lösung sein, so Fischedick. Dem stimmten mehrere in Berlin versammelte Fachleute zu, für die die Fragmentierung in der internationalen Energiepolitik keinen Anlass zur Sorge darstellt. Im Gegenteil: Die ungleichen Energiebedürfnisse eines jeden Landes und jeder Region erforderten unterschiedliche Ansätze und Angebote zur Bewältigung von Energiearmut. „Ich glaube nicht an globale Lösungen für die Energieversorgung“, war von einem Skeptiker zu hören. Dies habe jüngst auch der holprige Start der Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) belegt. Andere Teilnehmer wiederum wünschten sich ein internationales Gremium, das sich mit den grundsätzlichen Fragen einer Energieversorgung für das 21. Jahrhundert expliziter als bislang beschäftigen solle. Die Hoffnungen ruhen hier vor allem auf den G20 und G8. Über welche Leitprinzipien sich ein etwaiges Gremium zu verständigen hätte, blieb jedoch umstritten. Wenig kontrovers waren hingegen die Verantwortung der Nationalstaaten für die Implementation von Energiepolitik sowie die Notwendigkeit einer internationalen Verständigung über die Finanzierung einer Energiewende.

Nachhaltige Mobilität: Illusion oder Zukunftsvision?

80 Minuten verbringt der Durchschnittsdeutsche unterwegs. Täglich. Der globale Durchschnitt liegt bei einer guten Stunde. Der Güterverkehr verzeichnet seit Jahren enorme Zuwachszahlen. Bis zum Jahr 2030 wird ein weiterer Anstieg um 50 Prozent erwartet. Mobilität nach heutigem Muster belastet Umwelt und Gesundheit dabei massiv. Zugleich sind die Verkehrssysteme nicht überall auf der Welt hinreichend ausgebildet und inklusiv. Daraus ergeben sich komplexe Herausforderungen für die Zukunft. Wirtschaftliche, soziale, ökologische und kulturelle Faktoren müssen in einem auf Dauer tragfähigen Konzept für nachhaltige Mobilität in Einklang gebracht werden.

Diese Herausforderungen griff die Stiftung Entwicklung und Frieden 2011 im Rahmen ihrer Jahrespartenpartnerschaft mit der Stadt Bonn sowie bei der internationalen Fachkonferenz Bonn Symposium auf. Nationale und internationale Expertinnen und Experten setzten sich mit den grundlegenden Fragen auseinander, wie wirtschaftliche Entwicklung, Verkehr und Umwelt in Einklang gebracht werden können und wie eine nachhaltige Mobilität der Zukunft gestaltet sein sollte.

Dabei wurde schnell deutlich, dass rein technische Angebote nicht ausreichen, um Mobilität nachhaltig zu gestalten. Vielmehr ist das Verhalten der Nutzerinnen und Nutzer ausschlaggebend, um einen



Bonn Symposium 2011: Markus Becker, Susan Zielinski, Conny Czymoch (Moderation), Jürgen Perschon und Patrick Kayemba (v.l.n.r.)

notwendigen Bewusstseinswandel hin zu einer verstärkten Akzeptanz nachhaltiger Transportmittel erfolgreich zu gestalten. Dies ist allerdings schwierig angesichts der prägenden Rolle, die das Automobil in unserer Alltagskultur einnimmt. Die Dominanz des Autos zeigt sich auch weltweit im Erscheinungsbild

vieler Städte. Ihre Infrastruktur ist weitestgehend für den Autoverkehr konzipiert: Straßen und Parkplätze nehmen den größten Raum ein, Fußgänger und Radfahrer werden an den Rand gedrängt. Eine eklatante Ungleichheit angesichts der Tatsache, dass

Foreign Voices Nr. 3 (Dezember 2011)

Achieving sustainable mobility: psychology and policies

Die technischen Voraussetzungen für nachhaltige Mobilität sind seit langem bekannt – sie reichen aber nicht aus. Vielmehr muss das öffentliche Bewusstsein der Verkehrsteilnehmer sensibilisiert und auf eine Veränderung des Verhaltens hingearbeitet werden. Carlos Felipe Pardo von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in Kolumbien erklärt aus psychologischer Sicht, wie die Nutzung nachhaltiger Transportmittel besser vermittelt und attraktiver gestaltet werden kann.



in vielen Städten die Autobesitzer eine Minderheit darstellen. Besonders in Schwellen- und Entwicklungsländern dominiert der Fuß- und Radverkehr; dies wird aufgrund fehlender Wege und chaotischer Straßenverhältnisse oft zu einer lebensgefährlichen Angelegenheit. Weltweit sterben täglich über 3.000 Menschen bei Verkehrsunfällen, in Indien ist pro Stunde ein Toter aufgrund von Luftverschmutzung zu beklagen.

Kommunikation entscheidend

Die Dominanz des Autos wird im täglichen Leben in der Regel nicht reflektiert. Die meisten Alltagspraktiken – so auch die Nutzung des Autos – folgen bestimmten Routinen und Gewohnheiten und nur selten bewusst getroffenen, individuellen Entscheidungen. Die Hinwendung zu nachhaltigen Transportmitteln und damit die Abkehr vom Auto erfordern daher einen kollektiven Lern- und Umdenkungsprozess, der mit gängigen Praktiken bricht. Dieser ist dann möglich, wenn Alternativen zum Auto attraktiv gestaltet werden. Dabei spielt auch Kommunikation mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und die mediale Bewerbung neuer Mobilitätsformen eine entscheidende Rolle.

Während in Städten in der Regel ein „Zuviel“ an Verkehr zu beobachten ist, stellt sich die Situation in ländlichen Gebieten, insbesondere in Schwellen- und Entwicklungsländern, genau umgekehrt dar: Hier besteht ein „Zuwenig“ an Verkehr; Märkte, Gesundheitszentren und Bildungseinrichtungen sind oft

nur schwer erreichbar. Dies verschärft die ohnehin bestehende Armut auf dem Land erheblich. Daher sind intelligente und gut vernetzte Infrastruktur-

“India must avoid automobile dependence”

Auszüge aus einem Interview mit Anumita Roy Chowdhury, Forschungsdirektorin am Centre for Science and Environment, New Delhi

“India is at crossroads now. Motorisation is taking off and vehicle numbers are explosive. Take the City of Delhi, the capital of India, which already has 5.6 million vehicles and is adding nearly 1,200 to 1,300 vehicles a day. The pace of motorisation is aggressive because of rising income levels, burgeoning middle class, and growing aspirations.

We are very worried about this. If you come to our cities you will be able to gauge the air pollution challenge and the public health crisis. In fact, it is said that there is at least one death per hour due to air pollution related diseases in Indian cities.

We are also very worried about the impact of motorisation on our energy security. We import more than 80% of our crude oil. In the future the energy demand in the transportation sector will be primarily driven by galloping numbers of cars. For the first time in India we are talking about the combined challenge of the public health crisis, energy impact as well as climate impacts of growing numbers of vehicles. This is a challenge as well as an opportunity. We have a chance to be preventive, precautionary during the early stages of growth.

But I would also like to share with you that India has certain inherent advantages. Even though there is growing dependence on cars, the majority of Indians are still using public transport, walking and cycling. The high poverty level is also responsible for this. But overall the dominant travel practice is still sustainable. The current high share of public transport, walking and cycling are a very good baseline to begin with. If we are not careful, if we are not preventive, if we do not protect this ridership, this strength can be seriously undermined and eroded. India must avoid automobile dependence.”

Lösungen gefragt, die Dörfer und Kleinstädte mit umliegenden Zentren verbinden. Auch die Entwicklungszusammenarbeit, die den Infrastrukturbereich über Jahrzehnte vernachlässigt hat, spielt dabei eine entscheidende Rolle.

Visionen für lebenswerte Städte

Einig waren sich die anwesenden Expertinnen und Experten des Bonn Symposium darin, dass hinsichtlich nachhaltiger Mobilität Länder viel voneinander lernen können. Insbesondere Schnellbusssysteme haben sich auf unterschiedlichen Kontinenten bewährt. Erfolgsbeispiele wie das System in Bogotá dienen etwa der Stadt Johannesburg als Vorbild. Entscheidend sind dabei ein starker politischer Wille der lokalen Entscheidungsträger sowie die Einbettung der Infrastrukturprojekte in andere Maßnahmen im Sinne einer inklusiven Problemlösung. „Es geht nicht ums Geld, es geht darum, Visionen zu haben“, betonte Gil Peñalosa, Geschäftsführer von 8-80 Cities. Wichtig sei es, das Erscheinungsbild heutiger Städte

zu überdenken und neue Ideen zur Gestaltung städtischer Räume zu entwickeln. Straßen könnten zu Parks und öffentlichen Plätzen umgestaltet werden und so für eine breitere Gesellschaftsschicht – nicht nur für Autofahrer – attraktiv werden. Auf diese Weise stellte eine Stadt die Bedürfnisse aller Bewohner in den Mittelpunkt und würde zu einem einladenden Ort mit hoher Lebensqualität, Begegnung und Kommunikation zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern. Durch die Neugestaltung der Städte veränderte sich auch die Perspektive auf den Verkehr: Er sei nicht mehr der alltägliche Kampf auf der Straße, sondern vielmehr bequem, gesundheits- und umweltschonend sowie sozial verträglich.

Sowohl die Jahrespartnerschaft mit der Stadt Bonn wie auch das Bonn Symposium ergaben, dass eine Veränderung der heutigen Stadtbilder ohne Unterstützung seitens der Politik nicht möglich ist, die

Foreign Voices Nr. 1 (Februar 2012)

Transport that addresses all people's needs

In Entwicklungsländern lebt die überwiegende Mehrheit der Einwohner in ländlichen Gebieten, wo keine effektiven Transportmöglichkeiten vorhanden sind. Der Großteil der Investitionen im Infrastrukturbereich fließt in den Ausbau von Straßen, von dem die ländliche Bevölkerung nur unzureichend profitiert. Patrick Kayemba von der First African Bicycle Organization (FABIO) in Uganda erläutert die Situation in ländlichen Gebieten und präsentiert nicht-motorisierte Transportarten als mögliche Lösung für Mobilitäts herausforderungen.



solche Szenarien entwirft, propagiert und sie mit den notwendigen Mitteln unterstützt. Dennoch sind es vor allem die Bürger selbst, die am Neuentwurf ihrer Lebensräume beteiligt werden müssen. Partizipation sowie breite politische und gesellschaftliche Allianzen sind ausschlaggebend, um einen Bewusstseinswandel hin zu einer nachhaltigen Mobilität der Zukunft zu ermöglichen.

Urbanisierung, Migration und Entwicklung

Großstädte sind Anziehungspunkte für Menschen aus dem In- und Ausland. Die Zunahme internationaler und insbesondere binnenastralicher Migration führt dazu, dass die Mehrheit der Weltbevölkerung mittlerweile in städtischen Regionen siedelt. Unter dem Motto „Diversität als Chance“ befasste sich die Stiftung Entwicklung und Frieden über mehrere Jahre mit den Perspektiven einer inklusiven städtischen Gesellschaft sowie mit den Potenzialen für Entwicklungs-, Friedens- und Integrationspolitik, die sich aus städtischen Kooperationen mit Migrationsnetzwerken ergeben können. Sehr deutlich wurde dabei das bis heute bestehende Verknüpfungsdefizit

SEF-Policy Paper 33

Spannungen zwischen Migrantengruppen: Importiert oder hausgemacht?

Konfrontationen zwischen Migrantengruppen werden oftmals vorschnell auf Konflikte in den Herkunftsländern zurückgeführt. In der Tat werden Migrantinnen und Migranten in einer globalisierten Welt verstärkt von Konflikten in ihrer alten Heimat eingeholt. Doch die Bindungen in den Aufnahmeländern und daraus resultierende Identitätsbildungsprozesse wirken sich entscheidend auf mögliche Konfrontationen zwischen Migrantengruppen aus.

Darauf weist das SEF-Policy Paper von Jan Hanrath vom Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), Universität Duisburg-Essen, hin. Dabei belässt es der Autor nicht bei der Analyse von Ursachen und Logiken von Konflikten zwischen Migrantengruppen. Ausgehend von Erfahrungen in Berlin im Umgang mit dem türkisch-kurdischen Konflikt formuliert er Empfehlungen an lokale Entscheidungsträger und Behörden wie auch an zivilgesellschaftliche Akteure zur Prävention und lokalen Konfliktbearbeitung. Entscheidend sind u.a. der Abbau unterschiedlicher Formen von Diskriminierung und die Verbesserung der Bildungs- und Berufschancen von Menschen mit Migrationshintergrund. Informationskampagnen an Schulen und Dialoginitiativen zum Abbau gegenseitiger Vorurteile können darüber hinaus einen wesentlichen Beitrag zu einem friedlichen Miteinander leisten und sollten von lokalen Behörden nach Kräften unterstützt werden.



zwischen Migrationspolitik und Entwicklungszusammenarbeit; zugleich konnten die vielfältigen Chancen und Herausforderungen aufgezeigt werden, die mit einer verstärkten Einbindung von Migrations-Netzwerken in kommunale und entwicklungspolitische Aktivitäten einhergehen. Klar wurde, dass die im entwicklungspolitischen Setting aktiven Akteure wie Migranten-Selbstorganisationen, Eine-Welt-Gruppen, Hilfsorganisationen und Staaten auf ganz unterschiedlichen Ebenen erfolgreich arbeiten. Es kommt darauf an, dass sie sich über ihre Arbeit austauschen und so voneinander profitieren. Als originäre



Aufgabe von lokalen Migrations-Netzwerken wurde darüber hinaus die Unterstützung von kommunalen Partnerschaften identifiziert. Den Beitrag von Migranten im Bereich Integration wie auch innerhalb der internationalen Ausrichtung von Städten gelte es dabei durch eine Kultur der Offenheit zu fördern.

Den Abschluss der Projektreihe bildet der Band „Urbanisierung und internationale Migration“ in der Reihe EINE Welt, herausgegeben von Frauke Kraas und Tabea Bork. Der Band widmet sich zum einen dem bisher wenig berücksichtigten Potenzial und der Rolle von Migration in städtischen Ökonomien. Der zweite Schwerpunkt richtet sich auf aktuelle Chancen und Herausforderungen für städtische Migrations-, Integrations- und Entwicklungspolitik. Beispiele aus Deutschland werden durch Aufsätze zu China und den USA ergänzt.

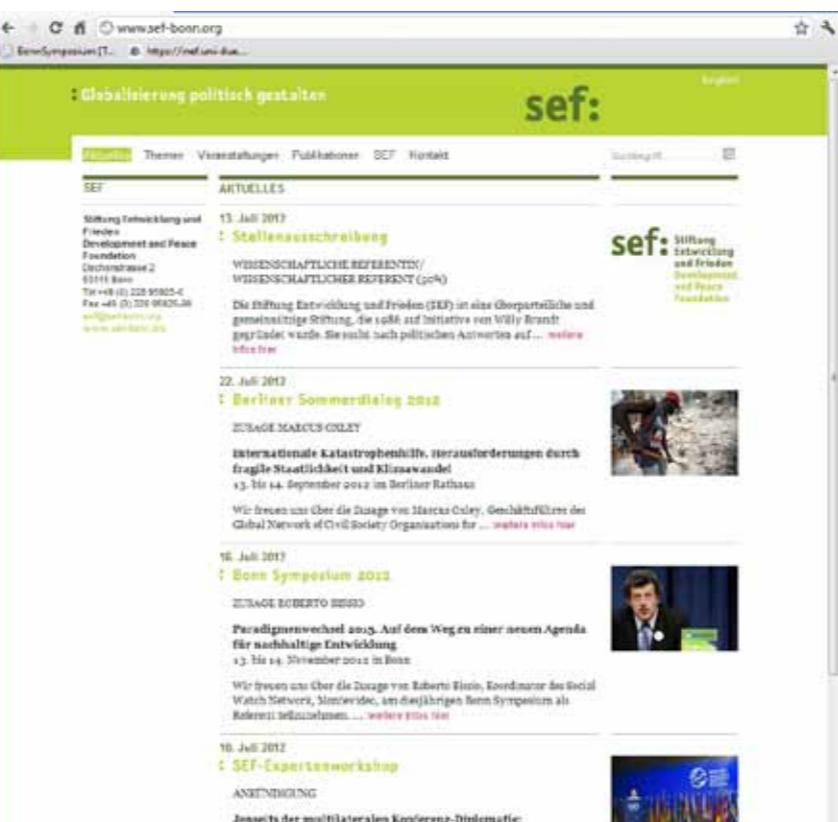
: SEF Intern 2011

Neue SEF-Programmbereiche und künftige Außendarstellung

Das Jahr 2011 nutzte die Stiftung Entwicklung und Frieden für einen intensiven Diskussionsprozess innerhalb der Gremien über das künftige inhaltliche Profil der SEF sowie über die Präsentation der Stiftungsarbeit nach außen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit und von geeigneten Publikationsformaten.

Auf seiner Sitzung vom 1. September 2011 verabschiedete das Kuratorium die Programmbereiche der SEF für die Jahre 2011-2015. Sie sind überschrieben mit:

- I. Neue Formen des Weltregierens auf dem Prüfstand
- II. Welt im Wandel – Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik
- III. Menschliche Sicherheit und internationale Verantwortung im Zeichen des Klimawandels



Innerhalb der Programmbereiche befasst sich die SEF mit übergreifenden Fragestellungen nach den relevanten Akteuren, den bestehenden bzw. erforderlichen Governance-Strukturen, den Governance-Prozessen sowie den zu erzielenden Ergebnissen. Dabei sollen die Fragestellungen auf praktische Anwendungsfälle heruntergebrochen werden und in konkrete Politikempfehlungen münden. Mit dem Fokus auf Afrika verfolgt die SEF im Rahmen ihrer Programmbereiche zudem einen regionalen Schwerpunkt.

Publikationsformate und neuer Internetauftritt ab 2012

Die Fokussierung auf die drei neuen Programmbereiche geht einher mit einer Fokussierung im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Publikationen. Nach ausführlicher Beratung durch den SEF-Beirat hat der Vorstand beschlossen, künftig auf kürzere und dafür häufigere und aktuellere Publikationen und eine deutlich ausgebauten Online-Verbreitung zu setzen. Die Reihe der SEF-Policy Papers wird deshalb ab Mitte 2012 durch das neue Global Governance Spotlight ersetzt. Mit ca. acht Ausgaben jährlich und einem Umfang von jeweils vier Seiten dient das Spotlight der kritischen Begleitung internationaler Verhandlungsprozesse aus der Global-Governance-Perspektive. Parallel dazu wird die bisherige Reihe der Foreign Voices neu aufgestellt und stärker beworben. Ihr Ziel ist es, Perspektiven aus anderen Weltregionen in die deutsche Debatte einzubringen.

Die Taschenbuchreihe EINE Welt wird nicht fortgeführt; stattdessen sollen Sonderpublikationen im Buchformat erscheinen, wenn diese voraussichtlich einen prägenden Beitrag zur politisch-wissenschaftlichen Debatte in Deutschland leisten können. Der Jahresbericht erhält unter dem Titel „Die SEF 20XX: Perspektiven auf Global Governance“ eine stärker inhaltliche Ausrichtung.

Einhergehend mit einem Relaunch der SEF-Website werden die SEF News eingestellt und durch einen professionell gestalteten elektronischen Newsletter, der gemeinsam von SEF und INEF herausgegeben wird, ersetzt. Damit verbunden ist auch eine Neugestaltung des SEF-Logos sowie eine Vereinheitlichung des gesamten optischen Erscheinungsbildes der SEF.

Veränderungen in Kuratorium und Vorstand

Kuratorium

NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hat 2011 den Vorsitz des SEF-Kuratoriums übernommen. Als weitere neue Kuratoriumsmitglieder wurden 2011



Hannelore Kraft

berufen: Bärbel Beuermann MdL, Stefan Engstfeld MdL sowie Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen. Aus dem Kuratorium zurückgetreten sind: Andrea Ursula Asch MdL, Karin Kortmann, Armin Laschet sowie Dr. Günter Müchler.

Vorstand

Seit 1. September 2011 leitet ein neuer Vorstand die Stiftung Entwicklung und Frieden. Als Vorsitzende wurde Karin Kortmann von den Stifterländern Nordrhein-Westfalen, Berlin, Brandenburg und



Karin Kortmann

Sachsen einstimmig berufen. Karin Kortmann ist Vizepräsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) und stellv. Generalsekretärin von CARE Deutschland-Luxemburg. Von 1998 bis 2009

war sie Mitglied des Deutschen Bundestages und von 2005 bis 2009 Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Neu im Vorstand vertreten ist auch Prof. Dr. Robert Kappel, von 2004 bis 2011 Präsident des GIGA German Institute of Global and Area Studies in Hamburg und Professor an den Universitäten Hamburg und Leipzig. Als weitere Vorstandsmitglieder berief das Kuratorium erneut Dr. Gerd Harms (stv. Vorsitzender), Prof. Dr. Michael Zürn (stv. Vorsitzender), Nikolaus Hammes (Schatzmeister) sowie Prof. Dr. Tobias Debiel (Direktor des Instituts für Entwicklung und Frieden).

Im Gedenken an Dr. Burkhard Könitzer

Die Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF) trauerte 2011 um ihren langjährigen Geschäftsführer Dr. Burkhard Könitzer. Dr. Könitzer hatte die Stiftung nach ihrer Umgründung zu einer Stiftung bürgerlichen Rechts 1993 mit großem Engagement als Dialogforum für globale Politikgestaltung in Deutschland etabliert und ihre Profilbildung über 12 Jahre entscheidend mitgeprägt. Mit persönlicher Überzeugung kämpfte er stets für den besten Weg, die Anliegen der SEF Schritt für Schritt voranzubringen.

Burkhard Könitzer verstarb am 24. Februar 2011 nach schwerer Krankheit.

Finanzbericht

Finanziell kann die SEF 2011 dank fortbestehender Sparmaßnahmen u.a. im Bereich der personellen Ausstattung auf ein ausgeglichenes Jahr zurückblicken. Mit Erträgen in Höhe von EUR 493.200 und Aufwendungen in Höhe von EUR 450.800 weist der Jahresabschluss einen Überschuss von EUR 42.400 aus. Die 2007 vom Kuratorium verabschiedete nachhaltige Anlagestrategie der SEF hat sich in der

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2011

	31.12.2011	31.12.2010
	EUR	EUR
I. Erträge		
Erlöse (Verlagshonorare, Lizizenzen, Buchverkauf)	4.318,59	5.328,51
Erträge Finanzanlagen (abzgl. Stückzinsen Vorjahr)	260.130,80	266.385,31
Zinserträge Bankkonten und liquide Mittel (Festgeld)	16.930,37	8.083,92
Zinserträge Bankkonten und liquide Mittel (Festgeld)	1.679,55	1.545,36
Buchgewinne aus Abgängen Finanz- und Sachanlagen	750,00	0,00
Bestandsvergütungen Banken	14.500,82	6.538,56
Sonstige Erträge	13.107,92	5.074,04
Periodenfremde Erträge	0,00	0,00
Versicherungsentschädigungen	5.273,20	4.298,00
Auflösungen von Rückstellungen	7.804,72	406,33
Sonstige Erträge	30,00	369,71
Zuwendungen	198.713,57	204.473,58
Personalkostenzuschuss Land NRW	151.200,00	151.200,00
Projektzuschüsse aufgewendet	47.513,57	53.273,58
Spenden	0,00	0,00
Summe Erträge	493.201,25	489.345,36
II. Aufwendungen		
Projekte	-155.513,80	-146.684,93
Veröffentlichungen	-12.978,84	-32.390,95
Veranstaltungen	-116.277,89	-89.759,71
Website und Öffentlichkeitsarbeit	-26.016,45	-21.434,76
Sonstige Projektkosten	-240,62	-3.099,51
Personalaufwand	-239.383,87	-217.654,99
Löhne und Gehälter	-189.409,00	-171.737,42
Soziale Abgaben und Aufw. zur Altersversorgung	-49.974,87	-43.580,07
Honorare Projektmitarbeiter	0,00	-2.337,50
Abschreibungen	-2.753,23	-2.884,35
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-53.149,65	-45.554,17
Miete inkl. NK, Reinigung, Reparaturen	-16.993,92	-16.992,15
Versicherungen und Beiträge	-1.893,29	-1.759,60
EDV (Beratung, Betreuung)	-4.967,72	-702,01
Leasing, Miete und Wartung Geräte	-3.534,75	-2.325,70
Telefon und Internet Standleitung	-1.138,49	-1.593,10
Buchführung, StB, Abschluss- und Prüfungskosten	-7.773,34	-8.711,43
Betriebskosten (Bürobedarf, Porto, Bank, RK GF, ...)	-11.376,08	-8.434,77
Gremien	-5.472,06	-5.035,41
Verluste aus Abgang Anlagevermögen	-1,50	-1,00
Summe Aufwendungen	-450.802,05	-412.779,44
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	42.399,20	76.565,92
Einstellung in/Entnahme aus der Rücklage gem. § 58 Nr. 7a AO	-42.399,20	-76.565,92
Bilanzgewinn/-verlust	0,00	0,00

Krise bewährt; Verluste konnten bislang vermieden werden bei Erträgen, die sich im Bereich des für Stiftungen gegenwärtig realistischen Rahmens bewegen. Die weiterhin kritische finanzielle Ausstattung der SEF macht jedoch ein Blick auf die Finanzplanung 2012/2013 deutlich, wo gegenwärtig von Jahresfehlbeträgen auszugehen ist – auch aufgrund weiter sinkender Erträge aus dem Stiftungskapital. Die Unterstützung durch externe Zuwendunggeber sowie durch Kooperationspartner bleibt für die SEF deshalb auch in Zukunft essenziell.

Bilanz zum 31.12.2011 - Aktiva**AKTIVA**

	31.12.2011	31.12.2010
	EUR	EUR
A Anlagevermögen		
I. Immaterielle Anlagen		
1. Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte und Werte	1.878,91	521,63
II. Sachanlagen		
1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.198,71	3.568,33
III. Finanzanlagen		
1. Wertpapiere des Anlagevermögens	6.948.690,01	6.864.508,50
B Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Sonstige Vermögensgegenstände	44.115,84	29.510,43
II. Kassenbestand und Guthaben		
1. Kassen- und Portobestand	69,43	1.765,63
2. Guthaben bei Kreditinstituten	148.181,96	148.251,39
C Rechnungsabgrenzungsposten		
	0,00	0,00
	<hr/> 7.148.134,86	<hr/> 7.104.125,33

Bilanz zum 31.12.2011 - Passiva

	31.12.2011	31.12.2010
	EUR	EUR
A Kapital		
1. Stiftungskapital		6.697.923,64
2. Rücklagen gem. § 58 Nr. 7a AO	369.387,59	369.387,59
Überschuss zum 31.12.2011	42.399,20	411.786,79
B Rückstellungen		
1. Sonstige Rückstellungen	12.744,86	24.800,00
2. Rückstellungen Wirtschaftsprüfung	6.000,00	18.744,86
	6.000,00	6.000,00
C Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.990,78	3.310,82
2. Sonstige Verbindlichkeiten	10.188,79	14.179,57
	10.188,79	2.703,28
D Rechnungsabgrenzungsposten		
	5.500,00	0,00
	<hr/> 7.148.134,86	<hr/> 7.104.125,33

• Anhang 2011

Übersicht über die Veranstaltungen und Publikationen 2011

Veranstaltungen 2011

Öffentliche Diskussionsveranstaltung im Rahmen der Jahrespartnerschaft mit der Stadt Bonn

Thema: Mobilität der Zukunft: Wege zu einer nachhaltigen Mobilitätskultur
 Ort/Termin: Bonn, 23. Februar 2011 (Abendveranstaltung)
 Mitveranstalter: Stadt Bonn (Partnerschaft)

SEF-Policy Briefing

Thema: Ein globales Energieregime für das 21. Jahrhundert
 Ort/Termin: Landesvertretung NRW, Berlin, 5. April 2011

Potsdamer Frühjahrsgespräche 2011

Thema: „Wider den Hunger“: Schlüsselfaktor Landpolitik – Die Rolle afrikanischer Regionalorganisationen
 Ort/Termin: Hotel Voltaire, Potsdam, 15.-16. April 2011
 Mitveranstalter: Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Eschborn; Renner-Institut, Wien; WeltTrends, Potsdam; Dag Hammarskjöld Foundation, Uppsala
 Förderung: Empfang durch das Stifterland Brandenburg

Internationales Fachgespräch

Thema: Ein europäischer Sitz im UN-Sicherheitsrat? Wider den Reformstillstand
 Ort/Termin: Brüssel, 24. Mai 2011
 Kooperation: Dag Hammarskjöld Foundation, Uppsala; Global Policy Forum, Bonn/New York; Istituto Affari Internazionali, Rom

Workshop im Rahmen des Global Media Forum 2011

Thema: Nahrung vs. Kraftstoff – Das Recht auf Nahrung und die Rolle der Medien
 Ort/Termin: WCCB, Bonn, 20. Juni 2011
 Veranstalter: Deutsche Welle
 Kooperation: Germanwatch, Bonn

Internationaler SEF-Expertenworkshop

Thema: „Institutionelle Grauzonen“ der Weltpolitik – Langfristige Trends - aktuelle Handlungsoptionen
 Ort/Termin: WZB, Berlin, 23.-24. September 2011
 Kooperation: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin

Berliner Sommerdialog 2011

Thema: Anpassung an den Klimawandel: Neue Strukturen internationaler Zusammenarbeit als Ausdruck globaler Verantwortung?
 Ort/Termin: Berliner Rathaus, 27.-28. September 2011
 Kooperation: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn; Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Berlin/Eschborn; Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen, Berlin; Beirat Entwicklungszusammenarbeit bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen, Berlin; Society for International Development (SID), Berlin Chapter

Bonner UNO-Gespräch zum „Tag der Vereinten Nationen“

Thema: Die Welt ernähren: Herausforderungen, Handlungsansätze und der Beitrag von Freiwilligen
 Ort/Termin: Kunst- und Ausstellungshalle Bundesrepublik Deutschland, Bonn, 21. Oktober 2011
 Veranstalter: Bund; Land NRW; Stadt Bonn
 Kooperation: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN)

Festveranstaltung 25 Jahre SEF

Thema: Visionär denken – Zukunft heute gestalten
 Ort/Termin: Bärensaal im Alten Stadthaus, Berlin, 24. November 2011

Bonn Symposium 2011

Thema: Mobilität – Entwicklung – Kultur:
Strategien einer nachhaltigen Verkehrsgestaltung
Ort: Deutsche Welle und Haus der Geschichte, Bonn, 1.-2. Dezember 2011
Kooperationspartner: Workshops: Diverse
Förderung: Stiftung Internationale Begegnung der Sparkasse in Bonn; Empfang durch die Stadt Bonn (Abschluss der Jahrespartenerschaft); Förderung aus EFRE-Mitteln als Teil des Clusters „Internationales Bonn“

Publikationen 2011**EINE Welt-Band 25**

Titel: Urbanisierung und internationale Migration:
Migrantökonomin und Migrationspolitik in Städten
Herausgeber: Frauke Kraas/Tabea Bork
Datum: Manuskript abgeschlossen im Dez. 2011; Veröffentlichung 2012

SEF-Policy Paper 33 – deutsch/englisch

Titel: Spannungen zwischen Migrantengruppen: Importiert oder hausgemacht?
Empfehlungen an kommunale Akteure am Beispiel des türkisch-kurdischen Konflikts
Autor: Jan Hanrath
Datum: Februar 2011

SEF-Policy Paper 34 – deutsch/englisch

Titel: Anforderungen an ein globales Energierégime –
Strategien für einen fairen Zugang zu nachhaltiger Energie
Autoren: Manfred Fischbeck/Sylvia Borbonius/Hanna Scheck
Datum: März 2011

SEF-Policy Paper 35 – deutsch/englisch

Titel: Anpassung an den Klimawandel –
Institutionelle und finanzielle Herausforderungen
Autoren: Pieter Pauw/Chinwe Ifejika Speranza/Isabel van de Sand/
Marcus Kaplan/Benjamin Schraven
Datum: November 2011

Foreign Voices Nr. 1/2011

Titel: Zambia's food security at risk
Autorin: Jesinta Kunda
Datum: Oktober 2011

Foreign Voices Nr. 2/2011

Titel: Respect the role of communities! Recommendations for land policy and food security from a civil society perspective
Autorin: Manyara Angeline Munzara
Datum: Oktober 2011

Foreign Voices Nr. 3/2011

Titel: Achieving sustainable mobility: psychology and policies
Autor: Carlos Felipe Pardo
Datum: Dezember 2011

SEF News (Ausgaben Frühjahr/Sommer 2011 sowie Herbst 2011) – deutsch/englisch

Autoren: SEF-Team
Datum: Juni 2011/Dezember 2011

Übersicht über die Gremien 2011**SEF-Kuratorium (Stand: 31. Dezember 2011)****Vorsitzende des Kuratoriums**

Hannelore Kraft
Ministerpräsidentin des Landes
Nordrhein-Westfalen

Stellvertretende Vorsitzende

Matthias Platzeck
Ministerpräsident des Landes Brandenburg

Stanislaw Tillich
Ministerpräsident des Freistaates Sachsen

Klaus Wowereit
Regierender Bürgermeister von Berlin

Weitere Mitglieder des Kuratoriums

Bärbel Beuermann MdL
Vorsitzende der Landtagsfraktion Die LINKE
Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Ilka von Boeselager MdL
Sprecherin der CDU-Fraktion im Hauptausschuss im
Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Prof. Dr. Ing. Dr. h.c. mult. Janos J. Bogardi
Executive Officer, Global Water System Project, Bonn

Dietmar Brokes MdL
Stellvertretender Vorsitzender
FDP-Landtagsfraktion Nordrhein Westfalen,
Düsseldorf

Elmar Brok MdEP
Außenpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion im
Europäischen Parlament, Brüssel

Klaus Brückner
Leiter Repräsentanz Berlin
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Bonn

Bärbel Dieckmann
Präsidentin der Welthungerhilfe, Bonn

Dr. Stephan Eisel
Bonn

Stefan Engstfeld MdL
Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen der Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Otto Fricke MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer der
FDP-Bundestagsfraktion, Krefeld

Friederike de Haas
Ehemalige Sächsische Ausländerbeauftragte,
Dresden

Prof. Dr. Klaus Hänsch
Präsident a.D. des Europäischen Parlaments, Erkrath

Almuth Hartwig-Tiedt
Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für
Wirtschaft, Technologie und Frauen des Landes Berlin

Dr. Reinhold Hemker
Rheine

Renate Hendricks MdL
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Prof. Dr. Uwe Holtz
Institut für politische Wissenschaft und Soziologie
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Prof. em. Dr. Dr. h.c. mult. Knut Ipsen
Präsident a.D. des Deutschen Roten Kreuzes, Bochum

Ulrich Kelber MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, Bonn

Ute Koczy MdB
Sprecherin für Entwicklungspolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Lemgo

Prof. Dr. Raimund Krämer
Außerplanmäßiger Professor für internationale und vergleichende Politik, Universität Potsdam

Heinz-Joachim Lohmann
Superintendent
Evangelische Kirche Wittstock-Ruppin, Wittstock

Dr. Martina Münch
Ministerin für Bildung, Jugend und Sport des Landes
Brandenburg, Potsdam

Ruprecht Polenz MdB
Mitglied im Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Berlin

Prof. Dr. Josef Sayer
Hauptgeschäftsführer und Vorstandsvorsitzender
Misereor, Aachen

Ursula Schäfer
ehemals DGB Berlin-Brandenburg, Potsdam

Dr. Bernd M. Scherer
Intendant
Haus der Kulturen der Welt, Berlin

Dr. Angelica Schwall-Düren
Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und
Medien des Landes Nordrhein-Westfalen

Dr. Victor Stimming
Präsident der Industrie- und Handelskammer
Potsdam

SEF-Vorstand

Vorsitzende (ab 1. September 2011)

Karin Kortmann
Parlamentarische Staatssekretärin a. D.
Stellvertretende Generalsekretärin CARE
Deutschland-Luxemburg, Bonn

Stellvertretende Vorsitzende

Dr. Gerd Harms
Staatssekretär a.D., Borkwalde/Berlin

Prof. Dr. Michael Zürn (ab 1. September 2011)
Direktor der Abteilung „Transnationale Konflikte und
Internationale Institutionen“ am Wissenschaftszentrum
Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin

Schatzmeister

Nikolaus Hammes
Bankdirektor a.D., Münster

Weitere Mitglieder

Prof. Dr. Tobias Deibel
Direktor des Instituts für Entwicklung und Frieden
(INEF), Duisburg

Prof. Dr. Robert Kappel (ab 1. September 2011)
Präsident Emeritus und Senior Research Fellow des
GIGA Leibniz-Instituts für Globale und Regionale
Studien, Hamburg

Vorsitzende bis 1. September 2011

Prof. Dr. Dr. Sabine von Schorlemer
Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst des
Freistaates Sachsen

Stellvertretender Vorsitzender bis 1. September 2011

Michael Mertes
Staatssekretär a.D.

SEF-Beirat (Stand: 31. Dezember 2011)

Vorsitzender des Beirats

Prof. Dr. Dr. h.c. Dieter Senghaas
Institut für Interkulturelle und Internationale
Studien, Universität Bremen

Weitere Mitglieder

Prof. em. Dr. Lothar Brock
Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktfor-
schung, Frankfurt

Prof. Dr. Nicole Deitelhoff
Professorin für Internationale Beziehungen und
Theorien globaler Ordnung
Johann Wolfgang-Goethe Universität, Frankfurt

Gernot Erler MdB
Staatsminister a.D.
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestags-
fraktion im Deutschen Bundestag, Berlin

Prof. Dr. Brigitte Fahrenhorst
Vorsitzende der Society for International
Development – Berlin Chapter

Adolf Kloke-Lesch
Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Eschborn

Prof. Dr. Margareta Kulessa
Fachbereich Wirtschaftswissenschaften
Fachhochschule Mainz

Prof. Dr. Thilo Marauhn
Professur für Öffentliches Recht, Völkerrecht und
Europarecht
Justus-Liebig-Universität Gießen

Jens Martens
Geschäftsführender Vorstand
Global Policy Forum Europe, Bonn

Dr. habil. Henning Melber
Geschäftsführer
Dag Hammarskjöld Foundation, Uppsala

Prof. Dr. Joanna Pfaff-Czarnecka
Professorin für Sozialanthropologie
Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld

Prof. Dr. Shalini Randeria
Ethnologisches Seminar
Universität Zürich

Cornelia Richter
Leiterin des Bereiches Planung und Entwicklung
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusam-
menarbeit (GIZ), Eschborn

Dr. Klemens van de Sand
Mitglied des Governing Council
Society for International Development (SID),
Wachtberg

Prof. Dr. Siegmar Schmidt
Institut für Sozialwissenschaften,
Universität Landau

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

2011

Dr. Michèle Roth
Geschäftsführerin

Heike König
Assistentin der Geschäftsführung

Sabine Gerhardt
Wissenschaftliche Referentin/Presse

Bentje Woitschach
Wissenschaftliche Referentin

Gerhard Süß-Jung
Finanz- und Konferenzmanager

Kooperationspartner und Förderer

2011

Im Jahr 2011 kooperierte die SEF erneut mit einer
Vielzahl von Projektpartnern. Diese trugen sowohl
durch inhaltlichen Rat und die Identifizierung und
Vermittlung von Experten als auch finanziell wesent-
lich zum Gelingen vieler SEF-Vorhaben bei.

Als Mitveranstalter oder Kooperationspartner
fungierten 2011 (in alphabetischer Reihenfolge):

- Beirat „Entwicklungszusammenarbeit“ bei der
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie
und Frauen, Berlin
- Dag Hammarskjöld Foundation, Uppsala
- Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusam-
menarbeit (GIZ), Berlin/Eschborn
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen
(DGVN), Berlin
- Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE),
Bonn
- Deutsche Post/DHL, Bonn
- Deutsche Welle, Bonn
- European Institute for Sustainable Transport
(EURIST e.V.), Hamburg
- Germanwatch, Berlin/Bonn
- Global Policy Forum, Bonn/New York
- Institut für Entwicklung und Frieden (INEF),
Universität Duisburg-Essen

• Istituto Affari Internazionali, Rom

• KfW Entwicklungsbank, Frankfurt/Main

• Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit
der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie
und Frauen, Berlin

• Renner-Institut, Wien

• Society for International Development (SID),
Berlin Chapter

• Weltgesundheitsorganisation (WHO), Bonn

• Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
(WZB)

• Zeitschrift WeltTrends, Potsdam

Die SEF dankt zudem den zahlreichen Förderern, die
ausgewählte SEF-Projekte durch finanzielle Mit-
tel, durch ihre Räumlichkeiten und/oder durch die
Ausrichtung eines Empfangs im Rahmen von SEF-
Veranstaltungen unterstützten:

- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusam-
menarbeit und Entwicklung (BMZ), Bonn/Berlin
- Bundesstadt Bonn
- Deutsche Welle, Bonn
- Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
(EFRE) im Verbund mit der Landesregierung
Nordrhein-Westfalen und der Stadt Bonn
- Haus der Geschichte, Bonn
- SEF-Stifterländer: Berlin, Brandenburg und
Nordrhein-Westfalen
- Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie
und Frauen, Berlin
- Stiftung Internationale Begegnung der Sparkasse
in Bonn

Die SEF war 2011 Mitglied in folgenden Foren:

- Netz NRW, Verband für Ökologie und soziales
Wirtschaften e.V., Oberhausen [Jobticket]
- Plattform Zivile Konfliktbearbeitung
- Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtre-
gierungsorganisationen (VENRO), Bonn

Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF)
Development and Peace Foundation
Dechenstr. 2 : D-53115 Bonn
Tel +49 (0) 228 95925-10 : Fax +49 (0) 228 95925-99
sef@sef-bonn.org : www.sef-bonn.org